

7.0 FLÄCHEN UND MASSNAHMEN NATURSCHUTZ / LANDSCHAFTSPFLEGE (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB) Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, Pflanzung einer freiwachsenden 2-reihigen Gehölzpflanzung aus Sträuchern aus autochthonem Pflanzmaterial nach Artenliste Punkt IV. 2.3.1.3 auf der gesamten Länge. extensive Wiesennutzung Pflege gemäß Punkt IV. 2.2.6.2 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz und zur Pflege und Entwicklung der Höhenkuppe (siehe Punkt IV. 2.3.2) 8.0 SONSTIGE PLANZEICHEN UND FESTSETZUNGEN 8.1 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Höhenrücken Obernhof" mit Grünordnungsplan (§ 9 Abs. 7 BauGB, Innenkante maßgebend) komplette Überarbeitung dieses Teilbereichs des Geltungsbereichs (Planteile 2 und 3) 9.0 KENNZEICHNUNGEN UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN Flurstücksgrenze Flurstücksnummer geplanter Zaun Höhenschichtlinien im aktuellen Bestand in Meter über Normalhöhenull - Höhenabstand 1m (Quelle: OpenData BayernAtlas 03/2025) bestehender Waldrand (Baumstämme), digitalisiert aus Geodaten Bayern amtlich kartiertes Biotop (Quelle: FINWeb 07/2025) bestehende Wasserleitung der Gemeinde Schnaitsee mit beidseitigem Schutzbereich von je 2,5 m Funktionen der Pflanzungen und Flächen: Grundflächenzahl GRZ max. 0,55 Art der baulichen Verhältnis der überbaubaren Fläche zur TH: max. Traufhöhe Betriebsgebäude FH: max. Firsthöhe Betriebsgebäude HA: max. Anlagenhöhe Modul 10.11 Regelschnitte 10.11.1 Regelschnitt Betriebsgebäude Traufhöhe (TH) = Firsthöhe (FH): max. 4,5 m ab natürlichem Betriebsgebäude +----10.11.2 Regelschnitt Solarmodul Solarmodul, aufgeständert - Anlagenhöhe (HA) bis max. 4,5 m ab natürlichem Gelände 10.11.3 Regelschnitt randliche Eingrünung und Umfahrt

III. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN .0 FESTSETZUNGEN NACH BAUGB UND BAUNVO 1.1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB) 1.1.1 Sonstiges Sondergebiet nach § 11 Abs. 2 BauNVO "SO Photovoltaikpark" Das Sondergebiet "SO Photovoltaikpark" dient der Unterbringung von Anlagen zur Sonnenenergienutzung und Stromspeicherung. 1.1.2 Innerhalb der Baugrenze im Sondergebiet sind ausschließlich folgende Nutzungen a) Betriebsgebäude (z.B. Transformatorengebäude, Speicher etc.), die der Zweckbestimmung des Sondergebietes dienen.

b) Solarmodule (Photovoltaikanlagen),

1.2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 18 und 19 BauNVO) 1.2.1 Die Grundflächenzahl (GRZ) wird auf max. 0,55 begrenzt. 1.2.2 Für Betriebsgebäude, die der Zweckbestimmung des jeweiligen Sondergebiete dienen, gilt eine maximale Trauf- bzw. Firsthöhe (TH bzw. FH) von 4,5 m ab Zusätzlich wird für das Sondergebiet die überbaubare Fläche für Betriebsgebäude insgesamt auf eine maximale Grundfläche von max. 750 m² je Baufenster (SO 2a, SO 2b, SO 2c, SO 2d) begrenzt. 1.2.3 Solarmodule (Photovoltaikanlagen) sind in einer maximalen Höhe (HA) von 4,5 m ab natürlichem Gelände zulässig. Der Abstand der Module zum Boden muss mindestens 0,8 m betragen. 1.2.4 Maßgebend für die zulässigen Gebäudehöhen sind die Festsetzungen in der Nutzungsschablone. Trauf- und Firsthöhen werden von der Oberkante des natürlichen Geländes bis zum Schnittpunkt der Dachhaut mit der Außenwand gemessen. Maßgebend für die zulässigen Höhen sonstiger baulicher Anlagen (Solarmodule) sind die Festsetzungen in der Nutzungsschablone. Unterer Bezugspunkt für die festgesetzten maximalen Anlagenhöhen ist die Oberkante des natürlichen Geländes, oberer Bezugspunkt ist die maximale Anlagenhöhe. 2.0 NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB) 2.1 Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind ausschließlich Nebenanlagen und bauliche Anlagen i. S. des § 14 Abs. 2 BauNVO zulässig. 3.0 WASSERWIRTSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 und 16 BauGB) 3.1 Auf den Grundstücksflächen anfallendendes Niederschlagswasser ist innerhalb des gesamten Plangebietes flächig zu versickern. 1.0 BRANDSCHUTZ (§ 9 Abs. 1 Nr. 23b BauGB) 4.1 Batteriespeicher Folgende Vorkehrungen sind vor dem Errichten von Energiespeichern zum abwehrenden Brandschutz zu treffen: Aufstellung von Batteriespeichern auf einem mind. 4 Meter breiten Kiesstreifen um die Außenbereichsgrenzen des Speicherlayouts zur Vorbeugung von die Brandschutzmaßnahmen gemäß BVES "Vorbeugender und abwehrender Brandschutz bei Lithium - Ionen Großspeichersystemen (2. Auflage)" 5.0 NACHFOLGENUTZUNG (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 BauGB) Nach endgültiger Aufgabe der Photovoltaiknutzung sind alle Anlagenteile und Betriebsgebäude abzubauen und der ursprüngliche Zustand des Geländes wieder herzustellen. Die Fläche wird wieder ihrer ursprünglichen Nutzung (landwirtschaftliche Ackerfläche oder Grünland) zugeführt. 6.0 ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN NACH ART. 81 BayBO 6.1 Gestaltung der baulichen Anlagen Die Aufständerungen von Solarmodulen sind aus Metall herzustellen. Die Gründung hat mit Einzelfundamenten zu erfolgen. Zäune sind als Maschendrahtzaun oder Stabgitterzaun auszuführen. 6.2 Werbeanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und 25 BauGB) 1.1 Allgemeines

Eine Zaunhöhe von max. 2,5 m ab OK natürlichem Gelände ist zulässig. Werbeanlagen sind nicht zulässig. Zulässig sind ausschließlich anlagenspezifische Informationstafeln an den Zufahrtstoren und Betriebsgebäuden bis zu einer Ansichtsfläche von je max. 1,0 m². IV. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN ZUR GRÜNORDNUNG <u>) UMSETZUNG, PFLANZENQUALITÄTEN, MINDESTPFLANZGRÖSSEN</u> Die privaten Vegetationsflächen sind entsprechend den planlichen und textlichen Festsetzungen anzulegen, zu sichern und dauerhaft zu erhalten. Ausbleibende Pflanzen sind zu ersetzen. Die Vegetationsflächen sind spätestens in der Pflanzperiode nach Erstellung der Erschließungsflächen und nach Nutzungsaufnahme /-beginn der Anlage fertigzustellen. Nach- und Ersatzpflanzungen haben den Pflanzqualitäten des Grünordnungsplanes zu entsprechen. Die Pflanzenqualitäten müssen den Gütebestimmungen der TL-Baumschulpflanzen -Technische Lieferbedingungen für Baumschulpflanzen (Herausgeber FLL) entsprechen.

Für die im Plan festgesetzten Neuanpflanzungen von Gehölzen in den privaten Vegetationsflächen wird die Verwendung der in Punkt IV. 2.3.1.3 ausgewiesenen Für freiwachsende Hecken und Gehölzgruppen: Pflanzdichte 1 Stück / 1,50 m² 2xv., 100 - 150 cm bzw. 60 - 100 cm

.2 Lage von Ver- und Entsorgungsleitungen

Die festgesetzten Pflanzflächen sind von Ver- und Entsorgungsleitungen (Strom, Wasser, Abwasser, Telekommunikation, Gas etc.) ausdrücklich freizuhalten, um die Pflanzung und den langfristigen Erhalt der geplanten Gehölze zu gewährleisten. Die jeweiligen Abstände nach den entsprechenden Richtlinien sind einzuhalten. Bei Pflanzung im Bereich von bestehenden Ver- und Entsorgungsleitungen sind nur flachwurzelnde Sträucher zu verwenden. Bäume und tiefwurzelnde Sträucher sind nicht zulässig. Bei Baumpflanzungen ist ein Mindestabstand von je 2,5 m beiderseits von Kabeltrassen freizuhalten, ansonsten sind entsprechende Schutzmaßnahmen

2.0 FESTSETZUNGEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

2.1 Schutz von Boden

Stellplätze, Zufahren und Betriebswege Stellplätze, Zufahrten und Betriebswege sind wasserdurchlässig als Schotterrasenflächen zu befestigen.

Der bestehende Geländeverlauf ist zu erhalten. Ausnahmen im Bereich geplanter Einund Ausfahrtsbereiche (siehe Planzeichen II. 3.1) für Aufschüttungen und Abgrabungen von max. 1,0 m sind erlaubt. Im Bereich der Betriebsgebäude sind auf Aufschüttungen von max. 0,5 m zulässig.

Bei einer aktiven Reinigung sind ausschließlich Reinigungsmittel zu verwenden, die biologisch abbaubar und nicht wassergefährdend sind. 2.2 Schutz von Natur

2.2.1 Wasserflächen Verrohrte Grabenabschnitte im Bereich der festgesetzten privaten Grünfläche (siehe Planzeichen II. 4.1) sind zu öffnen und zu einem naturnahen Bachlauf zu renaturieren.

2.2.2 Schutz der heimischen Insektenwelt Eine nächtliche Beleuchtung ist aus Gründen des Artenschutzes grundsätzlich untersagt. 2.2.3 Rehdurchschlupf Zugunsten des des Artenschutzes sowie des Biotopverbundes sind in den Ecken des

Aufschüttungen, Abgrabungen

Geltungsbereichs Rehdurchschlupfe in die Zaunanlagen einzubauen. 2.2.4 Durchlässigkeit von Zäunen Zaunsockel sind unzulässig; es sind ausschließlich erforderliche Punktfundamente im Bereich der Säulen zulässig; zwischen Zaun und Geländeoberfläche ist eine Bodenfreiheit von mind. 15 cm einzuhalten.

Ost-West ausgerichteten Anlagen mit satteldachförmiger Anordnung sind nicht 2.2.5 Dauergrünland

2.2.5.1 Entwicklung Dauergrünland Innerhalb der eingezäunten Fläche sind alle offenen Bereiche zu Dauergrünland zu 2.2.5.2 Pflegemaßnahmen Dauergrünland Generell gilt keine Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und keine Düngung

2.2.6 extensive Wiesenfläche

2.2.6.1 Ansaat extensive Wiesenfläche (Entwicklungsziel: extensiv genutztes Grünland)

Die offenen Bereiche E2 (siehe Planzeichen II. 6.1.2) außerhalb der Einzäunung sind als extensive Grünfläche zu entwickeln und zu nutzen.

Für die Ansaat ist eine Mischung aus regionalem Wildgräser- und Wildstauden-Saatgut aus der Herkunftsregion 16 (Unterbayerische Hügel- und Plattenregion) zu verwenden.

Das Mischungsverhältnis zwischen krautigen Pflanzen und Gräsern beträgt 50/50.

2.2.6.2 Pflegemaßnahmen der Entwicklungs- und Unterhaltungspflege

Ansaatstärke ca. 3g/m².

 Um unerwünschte Beikräuter und Beigräser in Schach zu halten, ist im nächsten Frühiahr sowie bei Bedarf weitere Male im 1. und 2. Jahr bei einer Aufwuchshöhe von ca.15 cm ein Schröpfschnitt mit hoch eingestelltem Mähwerk auf 5-8 cm Wuchshöhe durchzuführen und anschließend das Mahdgut abzutransportieren.

Der Schröpfschnitt ist ggf. zu wiederholen. • 1. Mahd ab dem 15. Juli; 2. Mahd ab Ende August. Entfernung des M\u00e4hgutes, die Nutzung des Schnittgutes als Heu wird empfohlen, Mulchen ist unzulässig.

Einsatz eines Schlegelmähers ist nicht erlaubt.

keine Düngung, keine Verwendung von Pflanzenschutzmitteln.

2.3 Schutz von Landschaft 2.3.1 2-reihige Gehölzhecken

2.3.1.1 Gehölzpflanzungen Die Gehölzpflanzungen sind gemäß planlichen Festsetzungen Punkt II. 6.1.1, unter

2.3.1.2 Pflegemaßnahmen Pflanzung Der Erhalt der Pflanzen ist durch regelmäßige und fachliche Pflege zu sichern. Kappschnitte sind dabei untersagt. Bei Verlust einer Pflanzung ist gleichwertiger Ersatz in der nächstfolgenden Pflanzperiode zu leisten.

2.3.1.3 Zu verwendende Gehölze:

Auswahlliste standortheimischer Sträucher (aus autochthonem Pflanzmaterial)

Verwendung der unter Punkt IV. 2.3.1.3 angebebenen Arten anzulegen.

Berberis vulgaris Kornelkirsche Cornus mas Hartriegel Cornus sanguinea Corylus avellana Hasel Zweigriffliger Weißdorn Craetegus laevigata Euonymus europaeus Pfaffenhütchen Heckenkirsche Lonicera xylosteum Ligustrum vulgare Prunus spinosa Rhamnus cartharticus Echter Kreuzdorn Rosa canina Rosa gallica Rosa tomentosa Schwarzer Holunder Sambucus nigra Gemeiner Schneeball Viburnum opulus Wolliger Schneeball Viburnum lantana

2.3.2 Höhenrücken Die weithin sichtbare Geländeerhebung des Höhenrückens Obernhof ist von herausragender Bedeutung für die Gewinnung von den erneuerbaren Energieen als Wind- und Solarenergie. Andererseits prägt er die Landschaft in hohem Maße, die es auch für Erholungszwecke zu erhalten und zu entwicklen gilt. Unter Berücksichtigung der Zielsetzung des Bebauungsplanes, der den Einklang von Hochtechnologie, Natur und Landschaft

anstrebt, sind Störungen für das Landschaftsbild und die Erholung sowie die Pflanzenund Tierwelt weitgehend zu vermeiden. Der Höhenrücken ist durch Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft zu erhalten und

2.3.3 Zaunanlagen

Mit der Zaunanlage (Zaunlinie) ist bei angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen ein Abstand von mind. 0,5 m von den Grundstücksgrenzen einzuhalten, von Wirtschaftswegen und öffentlichen Verkehrswegen ein Abstand von mind. 2,0 m (Zaunlinie siehe Planzeichen II. 10.2).

Die Grenzabstände gemäß den gesetzlichen Bestimmungen sind einzuhalten: 2,0 m bei Einzelbäumen Zu Nachbargrundstücken:

Zu landwirtschaftlichen Grundstücken: 4,0 m bei Einzelbäumen 2,0 m bei Sträuchern bis zu einer Wuchshöhe von

0,5 m bei Sträuchern bis zu einer Wuchshöhe vor

Im Übrigen wird auf die Vorgaben des 7. Abschnitts des AGBGB (Gesetz zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs) verwiesen.

2.0 SCHUTZ DES MUTTERBODENS NACH § 202 BauGB Vor jeder Baumaßnahme ist der anstehende Oberboden insgesamt zu sichern und zur Wiederverwendung zwischenzulagern (DIN 18915). Die Humusmieten sind mit Leguminosen zu

sowie eventuelle Steinschlagschäden sind vom Betreiber entschädigungslos zu dulden.

Bei einer Beweidung der Flächen ist ggf. der zuständige Berater für Schafhaltung einzuschalten. ANGRENZENDE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT Die durch die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der angrenzenden land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche auftretenden Immissionen in Form von Geruch, Staub und Lärm,

Die regelmäßige Pflege der Planungsfläche hat so zu erfolgen, dass das Aussamen eventueller

Schadpflanzen und die damit verbundene negative Beeinträchtigung der mit Kulturpflanzen

bestellten Nachbarflächen vermieden werden. 5.0 AUSHUBARBEITEN / ALTLASTEN

Überschüssiges Aushubmaterial ist einer ordnungsgemäßen Verwertung oder Beseitigung zu zuführen. Es darf nicht in der freien Landschaft abgelagert werden. Dieses Verbot gilt insbesondere auf ökologisch wertvollen Flächen, wie Feuchtwiesen, Trocken- und Magerstandorten, Feldgehölzen, alten Hohlwegen, Bachtälern, Waldrändern usw.

Auf den hier überplanten Flächen sind keine Altlasten kartiert sowie nach derzeitigem Kenntnisstand keine altlastverdächtigen Flächen bekannt, und es gibt keine Hinweise auf anderweitige Bodenkontaminationen. Die Untere Bodenschutzbehörde ist unverzüglich zu benachrichtigen (Mitteilungspflicht gem. Art. 1 BayBodSchG), falls bei den Erschließungsarbeiten bzw. beim Aushub von Baugruben Auffälligkeiten im Untergrund angetroffen werden, die auf eine schädliche Bodenveränderung oder auf eine Altablagerung deuten. Die Erdarbeiten sind in diesem Fall unverzüglich in diesem Bereich zu unterbrechen.

6.0 HOCHWASSER / STARKREGENEREIGNISSE Durch die zunehmende Intensität von Starkregenereignissen ist ggf. mit Überflutungen zu rechnen.Der Bauwerber muss diesbezüglich eigenverantwortlich Vorsorge treffen und die Bauweise den Verhältnissen anpassen, damit keine Schäden an Gebäuden bzw. Anlagen auftreten können. Es wird empfohlen generell alle kritischen Punkte (z.B. Eingangstüren,

empfindliche Anlagenteile etc.) von baulichen Anlagen auf diese Gegebenheiten hin auszurichten Grundsätzlich ist das anfallende Niederschlagswasser möglichst breitflächig über eine belebte Oberbodenschicht auf den Grundstücken innerhalb des Plangebietes zu versickern. Der natürliche Ablauf wild abfließenden Wassers darf gem. § 37 WHG nicht nachteilig für anliegende

wasserrechtliche Gestattung mit entsprechenden Unterlagen zu beantragen.

Grundstücke verändert werden. Um einen nachteiligen Wasserübertritt auf die angrenzenden Nachbargrundstücke im Sinne von § 37 WHG zu vermeiden, sollen im Randbereich ausreichend bemessene Entwässerungsmulden angelegt werden. Der Bauwerber hat eigenverantwortlich zu prüfen, inwieweit bei der Beseitigung von Niederschlagswasser eine genehmigungsfreie Versickerung vorliegt. Sofern die Voraussetzungen zur Anwendung der Niederschlags- wasserfreistellungsverordnung (NWFreiV) und der Technischen Regeln zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser

in das Grundwasser (TRENGW) nicht gegeben sind, so ist bei der Kreisverwaltungsbehörde eine

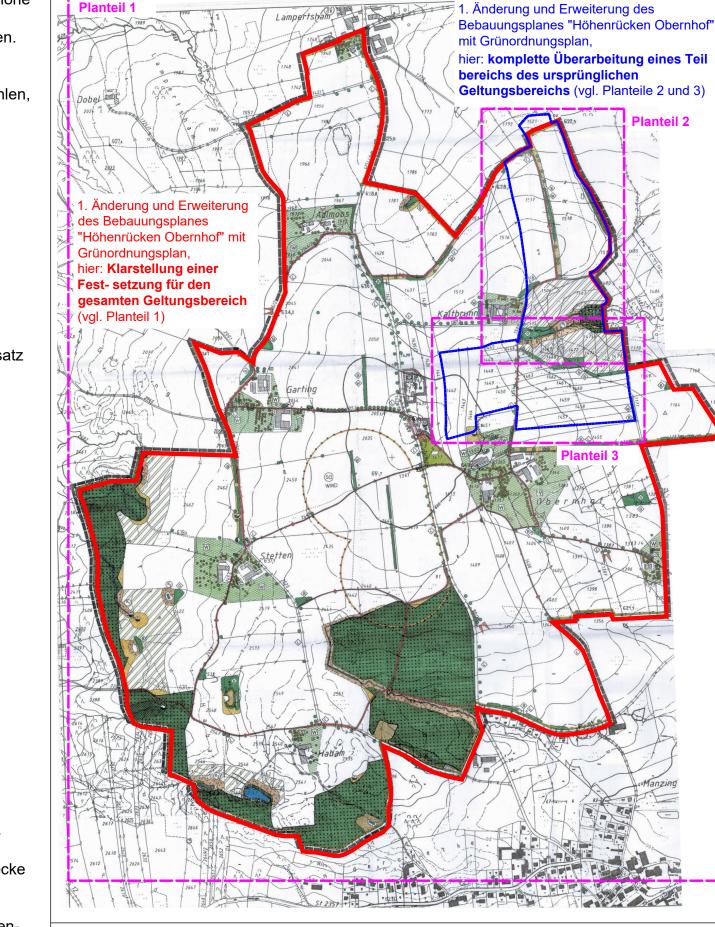
6.0 AUSGLEICHSFLÄCHE 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

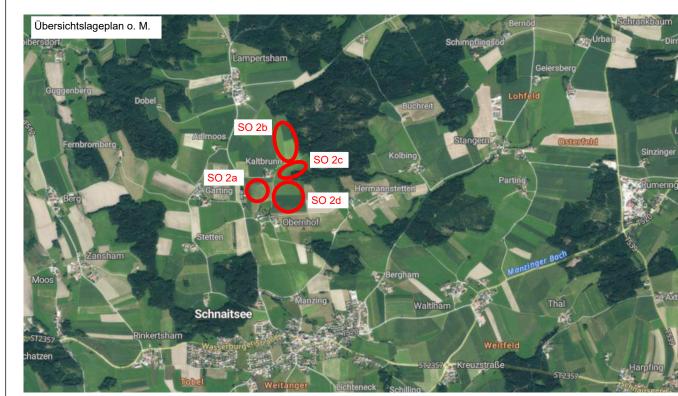
kostenlos zur Einsicht bereitgehalten.

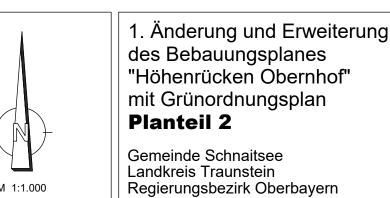
Gemäß dem Schreiben zur bauplanungsrechtlichen Eingriffsregelung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr vom 05.12.2024 ist kein Ausgleich erforderlich (vgl. Begründung und Umweltbericht).

ZUGÄNGLICHKEIT DER TECHNISCHEN NORMEN, RICHTLINIEN ETC. Alle technischen Normen, Richtlinien, Arbeitsblätter und sonstigen technischen Vorschriften, auf die der Bebauungsplan in seinen planlichen und textlichen Festsetzungen verweist, werden bei der Gemeinde zu den üblichen Öffnungszeiten

1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Höhenrücken Obernhof" mit Grünordnungsplan" mit Darstellung der Änderungsberieche und der Umgriffe der Planteile 1, 2 und 3 M 1:10.000







. Aufstellungsbeschluss (§2 Abs. 1 BauGB) Grundkarte erstellt auf digitaler Der Gemeinderat Schnaitsee hat in der Sitzung vom \_\_\_\_ die 1. Änderung und Erweiterung des ırkarte des Vermessungsamtes uungsplanes "Höhenrücken Obernhof" mit Grünordnungsplan beschlossen. Aufstellungsbeschluss wurde am \_\_\_\_ ortsüblich bekannt gemacht Frühzeitige Bürgerbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB) Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf der 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Höhenrücken Obernhof" mit Grünordnungsplan in der Fassung vom \_\_\_\_\_ hat in der Zeit vom \_\_\_\_ bis 3. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 GB für die 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Höhenrücken Obernhof" mit nordnungsplan in der Fassung vom \_\_.\_\_ hat in der Zeit vom \_\_.\_\_ bis \_\_.\_.

Der Gemeinderat Schnaitsee hat mit Beschluss vom \_\_\_\_ den Entwurf zur 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Höhenrücken Obernhof" mit Grünordnungsplandes in der Fassung vom \_\_\_\_ gebilligt. Gleichzeitig wurde der Auslegungsbeschluss gefasst. Die öffentliche Auslegung zum Entwurf der 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes

die Untergrundverhältnisse und 6. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) ı dem Entwurf der 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Höhenrücken Obernhof" mit rünordnungsplan in der Fassung vom \_\_\_\_ wurden die Behörden und sonstigen Träger fentlicher Belange gemäß § 4 BauGB in der Zeit vom \_\_\_ bis einschließlich \_\_\_ beteiligt. weder aus den amtlichen Karten, aus der Grundkarte noch aus den

Zeichungen und Text abgeleitet Satzung (§ 10 Abs. 1 BauGB) Die Gemeinde Schnaitsee hat mit Beschluss vom \_\_\_\_ die 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Höhenrücken Obernhof" mit Grünordnungsplan in der Fassung vom \_\_\_\_ als Schnaitsee, den \_\_.\_\_,

Thomas Schmidinger, 1. Bürgermeister Nachrichtliche Übernahmen: Für nachrichtilich übernommene Schnaitsee, den \_\_.\_\_, Planungen und Gegebenheiten Thomas Schmidinger, 1. Bürgermeister kann keine Gewähr übernommen

Für die Planung behalten wir uns

Die als Satzung beschlossene 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Höhenrücken Obernhof" mit Grünordnungsplan wurde am \_\_\_\_\_ gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in der Fassung vom e 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Höhenrücken Obernhof" mit Grünordnungspla Die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes ist damit rechtswirksam. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und 215 BauGB ist hingewiesen worden. Ohne unsere Zustimmung darf die Schnaitsee, den \_\_.\_\_, Thomas Schmidinger, 1. Bürgermeister

Planung nicht geändert werden. Entwurfsbearbeitung: 06.10.2025 HAM KESSLER KELLHUBER Ischaftsarchitektur Stadtplanung GmbH

Am Sportplatz 7 Josef-Straubinger-Weg 3 b KESSLER 94547 Iggensbach 84571 Reischach +49 9903 20 141-0 +49 8670 91 87 666 KELLHUBER info@jocham-kellhuber.de www.jocham-kellhuber.de